Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021

I. GRUNDLAGEN DES INSTITUTS

1. Geschäftsmodell und strategische Ausrichtung

Die Volksbank Münsterland Nord eG hat das erste volle Jahr nach der Fusion der drei Volksbanken VR Bank Kreis Steinfurt eG, Vereinigte Volksbank Münster eG und Volksbank Greven eG in 2020 abgeschlossen. Mit fast 7,1 Mrd. Euro Bilanzsumme gehört die Volksbank Münsterland Nord eG zu den 25 größten genossenschaftlichen Primärbanken in Deutschland. Sie tritt in ihrem Geschäftsgebiet, das sich von Hopsten im Norden bis Drensteinfurt im Süden und von Steinfurt im Westen bis Lienen im Osten erstreckt, als **DIE Bank unserer Region** auf und dokumentiert damit einmal mehr ihre regionale Verankerung. In dieser Region bietet sie ihren Mitgliedern und Kunden Finanzprodukte und Finanzdienstleistungen und die dazu erforderlichen Beratungen an. Der genossenschaftliche Förderauftrag ist dabei neben der Wirtschaftlichkeit des Handelns das primäre Leitmotiv. Unser Ziel ist es, im Hinblick auf die Dienstleistungsangebote und die Beratungsqualität im Finanzdienstleistungsgeschäft hohe Anforderungen zu erfüllen und damit den Mitgliedern und den Kunden Voraussetzungen für deren Erfolg zu schaffen, aber auch selbst erfolgreich zu sein. Auf dieser Basis wollen wir weitere zufriedene Mitglieder und Kunden gewinnen, deren bestmögliche Versorgung mit Finanzprodukten und Finanzdienstleistungen sicherstellen und Geschäftsergebnisse erzielen, die uns auch künftig in die Lage versetzen, die Geschäftsaktivitäten und das Geschäftsvolumen auszubauen und unsere Angebotspalette kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Die **Konzentration auf das Kundengeschäft** führt in der Konsequenz dazu, dass Handelsgeschäfte an den Geld- und Kapitalmärkten auf eigene Rechnung mit dem Ziel der Ertragsgenerierung aufgrund kurzfristiger Marktpreisschwankungen keine Bedeutung haben. Die aus dem Kundengeschäft gewonnenen Kundeneinlagen und das Eigenkapital der Bank setzen wir zielgerichtet im Kundenkreditgeschäft ein und

investieren in liquide Wertpapier- und Bankanlagen. Das Immobiliengeschäft von der Immobilienvermittlung über das Bauträgergeschäft bis zur Investition in Immobilienanlagen decken wir über unsere drei verbundenen Unternehmen ab. Deren Gewinnausschüttungen fließen in das Ergebnis der Bank ein. Die erzielten Bankergebnisse sollen einer marktgerechten Dividende für unsere Mitglieder dienen und darüber hinaus unsere Eigenkapitalbasis für weiteres Wachstum und die Ausweitung unserer Geschäftsaktivitäten stärken. DIE Bank unserer Region soll sich zu einer starken, innovativen und zukunftsfähigen Volksbank für die Menschen und Unternehmen in und um Münster und im nördlichen Münsterland sowie zur führenden Private-Banking-Bank entwickeln.

2. Steuerungs- und Überwachungssystem

Zur Überprüfung und Überwachung der von unserer Bank gesetzten Strategien und Ziele bedarf es eines strategischen Planungs- und Überwachungsprozesses. Dieser wird vom Bereich Gesamtbanksteuerung koordiniert. Unsere wesentlichen Leistungsindikatoren für diesen Prozess bestehen aus nachfolgenden Komponenten:

- Das **Betriebsergebnis vor Bewertungen** stellt die wichtigste Ergebnisgröße in unserem Steuerungs- und Überwachungsprozess dar. Sie zeigt das operative Ergebnis, bestehend aus dem ordentlichen Zins- und Provisionsüberschuss sowie dem Saldo der sonstigen ordentlichen betrieblichen Erträge und Aufwendungen, abzüglich des ordentlichen Betriebsaufwands. Diese Ergebnisgröße wird jährlich für das kommende Jahr und die vier folgenden Jahre unter Beachtung der ökonomischen Rahmenbedingungen geplant.

- Die **Aufwand-Ertrags-Relation** (Cost-Income-Ratio, CIR) bildet als betriebswirtschaftliche Kennziffer die Produktivität der Bank ab. Hierzu werden die Verwaltungsaufwendungen ins Verhältnis zu den ordentlichen operativen Erträgen gesetzt. Die Plangröße ergibt sich aus der Planung des Betriebsergebnisses vor Bewertungen.

- Die Entwicklung der **Anzahl der Mitglieder** unserer Genossenschaft ist für uns ein wichtiger Indikator für unsere Akzeptanz als Bank in unserem Geschäftsgebiet. Insbesondere streben wir eine Mitgliederquote von 50 % gemessen an der Kundenzahl der Bank an.

- Als Kennziffer für die Kapitaladäquanz ist die **aufsichtsrechtliche Gesamtkapitalquote** wesentlicher Bestandteil der internen Steuerung der Bank. Die Summe aus aufsichtsrechtlichem Kernkapital und Ergänzungskapital ergibt das Gesamtkapital, welches ins Verhältnis zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen (risikogewichtete Beträge für risikobehaftete Positionen) gesetzt wird. Die Bank verfügt über einen Kapitalplanungsprozess, der die Komponenten dieser Kennziffer für die nächsten 5 Jahre abbildet.

- Mit der aufsichtsrechtlichen **Liquiditätsdeckungsquote** (Liquidity Coverage Ratio, LCR) wird die angemessene Ausstattung mit Liquiditätsreserven in Bezug auf die potenziellen kurzfristigen Liquiditätsabflüsse gemessen. Der Quotient aus hochliquiden Aktiva und potenziell innerhalb von 30 Tagen möglichen Nettozahlungsmittelabflüssen in Stresssituationen bildet die kurzfristige Liquiditätsdeckungsquote. Durch geeignete Steuerungsmaßnahmen achtet die Bank darauf, dass nicht nur täglich die aufsichtsrechtlich geforderte 100 %-Deckung eingehalten wird, sondern möglichst die selbst gesetzte Grenze von 120 % nicht unterschritten wird.

Die zentralen Leistungsindikatoren der Volksbank Münsterland Nord eG sind in den Kapiteln III (Vermögens- und Finanzlage) und IV (Ertragslage) dieses Lageberichts aufgeführt. Im Prognosebericht (Kapitel VI) wird darüber hinaus ein Ausblick auf diese Kennziffern gegeben.

II. GESCHÄFTSVERLAUF

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Im Jahr 2021 erholte sich die deutsche Wirtschaft weiter von dem durch die Coronapandemie ausgelösten Konjunkturreinbruch des 1. Halbjahres 2020. Das preisbereinigte **Bruttoinlandsprodukt** expandierte im Vorjahresvergleich um deutliche 2,9 %, nachdem es 2020 um massive 4,6 % zurückgegangen war. Das Wirtschaftswachstum hätte allerdings noch höher ausfallen können, wenn die Konjunktur nicht weiter durch die Folgen der anhaltenden Pandemie gedämpft worden wäre.

Das Wirtschaftsgeschehen wurde 2021 einerseits durch die abermaligen Coronawellen und die im Zuge dieser Wellen zeitweise verschärften Infektionsschutzmaßnahmen merklich beeinträchtigt, besonders zu Jahresbeginn sowie zum Jahresende. Von den Schutzmaßnahmen waren vor allem die kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche betroffen, wie die Reisebranche, die Kreativwirtschaft und das Gastgewerbe. Andererseits bremsen die im Jahresverlauf zunehmenden Rohstoffpreise und Materialknappheiten spürbar die Aktivitäten, insbesondere im produzierenden Gewerbe. Die kräftige und geografisch breit angelegte Konjunkturerholung führte nämlich zu einem ungewöhnlich starken Anstieg der globalen Nachfrage nach Rohstoffen und Vorleistungsgütern, wie Halbleitern, Plastik und Metallen, sowie zu erheblichen Logistikproblemen.

Mit den schrittweisen Lockerungen von Infektionsschutzmaßnahmen im Sommerhalbjahr und den durch Impfungen und Testungen erzielten Fortschritten bei der Pandemiebekämpfung setzte sich die im 2. Halbjahr 2020 begonnene Erholung der privaten **Konsumausgaben** fort. Begünstigt wurde das Konsumklima auch durch die Lohn- und Einkommenszuwächse vieler Privathaushalte sowie einige fiskalpolitische Maßnahmen, wie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für die meisten Steuerzahler und die Erhöhung des Kindergeldes. Wegen der pandemiebedingt schwierigen Lage im 1. und 4. Quartal konnte der preisbereinigte Privatkonsum auf Jahressicht aber lediglich um 0,1 % zulegen. Im Jahr 2020 waren die privaten Konsumausgaben um 5,9 % eingebrochen. Der Staatsverbrauch legte hingegen 2021 erneut zu, nicht zuletzt wegen verstärkter Ausgaben im

Gesundheitsbereich. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen um 3,1 % und damit in ähnlicher Größenordnung wie im Vorjahr.

Nach dem starken Rückgang des Vorjahres um 11,2 % stabilisierten sich die Ausrüstungsinvestitionen 2021 ebenfalls. Angesichts des verbesserten globalen Konjunkturmehrfelds, der steigenden Auslastung der Wirtschaft und der insgesamt nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen mit anhaltend niedrigen Zinsen erhöhten sich die **Investitionen** in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge um 3,4 %. Das Wachstum der Investitionsausgaben hätte ohne die hohen Rohstoffpreise und Materialengpässe aber deutlich stärker ausfallen können. Dies gilt auch für die Bauinvestitionen, deren langjähriger Aufwärtstrend sich abgeschwächt fortsetzte (+0,7 % nach +2,5 % im Vorjahr). Wichtigste Wachstumsstütze blieb der Wohnungsbau, der weiterhin vom enormen Bedarf an Wohnraum und dem günstigen Finanzierungsumfeld Rückenwind erfuhr. Alles in allem blieben die Investitionsausgaben aber etwas hinter dem vor Ausbruch der Coronakrise in Deutschland im Jahr 2019 erreichten Stand zurück.

Im Zuge der weltwirtschaftlichen Belebung und des vielfach erfolgten Abbaus von pandemiebedingten Reisebeschränkungen nahm der grenzüberschreitende Handel der deutschen Wirtschaft spürbar an Fahrt auf. Eine Ausnahme bildete allerdings der Warenhandel mit dem Vereinigten Königreich, der sich wegen des zum Jahresanfang vollzogenen Austrittes des Landes aus der Europäischen Union vergleichsweise schwach entwickelte. Angesichts kräftig steigender Exporte (+9,9 %) und leicht weniger dynamisch expandierender Importe (+9,3 %) lieferte der **Außenhandel** als Ganzes rechnerisch einen positiven Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum in Höhe von 0,8 Prozentpunkten. Die vor Krisenausbruch erreichten Niveaus konnten aber auch hier noch nicht wiedererlangt werden.

Trotz der Konjunkturerholung blieb die Situation der **öffentlichen Haushalte** 2021 angespannt. Der Staat schloss das zweite Jahr in Folge mit einem hohen Finanzierungsdefizit ab. Hierzu trug auch bei, dass die staatlichen Mehrausgaben zur Abfederung der negativen Pandemiefolgen vielfach andauerten, wie die Zahlung von Überbrückungshilfen an Unternehmen und die Verlängerung des verbesserten Zugangs zum Kurzarbeitergeld. Der gesamtstaatliche Fehlbe-

trag lag bei 132,5 Mrd. Euro, was 3,7 % des Bruttoinlandsprodukts entsprach. Die Schuldenquote dürfte von gut 69 % im Vorjahr auf etwa 71 % gestiegen sein und damit die Maastricht-Obergrenze von 60 % erneut deutlich überschritten haben. Erste amtliche Angaben zur Schuldenquote im Jahr 2021 werden voraussichtlich im April 2022 veröffentlicht.

Vor dem Hintergrund der voranschreitenden Erholung und wegen der demografisch bedingt wieder zunehmenden Arbeitskräfteknappheiten ging die **Arbeitslosigkeit** etwas zurück. Die Arbeitslosenzahl sank im Jahresdurchschnitt 2021 gegenüber dem Vorjahr um 82 Tsd. auf rund 2,6 Mio. Menschen. Dies führte zu einem minimalen Rückgang der Arbeitslosenquote von 5,9 % auf 5,7 %. Die Erwerbstätigenzahl blieb hingegen, trotz einer spürbaren Belebung im Sommerhalbjahr, im gesamten Jahr gegenüber 2020 im Wesentlichen unverändert bei rund 44,9 Mio. Menschen.

Nach vielen Jahren mit moderater Entwicklung haben die Verbraucherpreise 2021 merklich angezogen. Die Inflationsrate, basierend auf dem amtlichen **Verbraucherpreisindex**, stieg nahezu stetig von 1,0 % im Januar auf 5,3 % im Dezember. Im Jahresdurchschnitt verteuerten sich die Preise um 3,1 % und damit so kräftig wie seit 1993, im Nachgang des Wiedervereinigungsbooms, nicht mehr. 2020 hatte die Inflationsrate noch bei 0,5 % gelegen. Für den rasanten Anstieg der Inflationsrate waren verschiedene Sondereffekte verantwortlich, vor allem die Basiseffekte der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung vom 2. Halbjahr 2020 sowie die Ölpreiserholung nach dem Einbruch vom Frühjahr 2020. Auch die bereits erwähnten Lieferengpässe sowie die Einführung der nationalen CO₂-Bepreisung für die Sektoren Verkehr und Wärme wirkten spürbar preistreibend.

Der Verlauf der Coronapandemie prägte im Jahr 2021 nicht nur das wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenleben, sondern auch die Entwicklung der **Finanzmärkte**. Zum Jahresbeginn belasteten die gesellschaftlichen Einschränkungen zur Bekämpfung der Pandemie die Wirtschaft erheblich (ebenso wie zum Jahresende). Die wirtschaftlichen Perspektiven erschienen jedoch aufgrund der Entwicklung und Zulassung mehrerer Impfstoffe gegen das Coronavirus positiv. Im Frühjahr kam es dann zu der erwarteten dynamischen Belebung der Konjunktur. Das

Wirtschaftswachstum fiel aber bei Weitem nicht so hoch aus wie zuvor erwartet. Die Konjunktur wurde durch gravierende Materialengpässe gedämpft, die zahlreiche Industriezweige betrafen.

Gleichzeitig stieg die Inflation ab Mitte des Jahres deutlich an. Neben den Materialengpässen waren hierfür auch steigende Energiepreise und mehrere temporäre Sonderfaktoren verantwortlich. In der zweiten Jahreshälfte rückte dann die Debatte über die Gefahr einer Verfestigung der Inflation in den Fokus. Mehrere Notenbanken strafften ihren geldpolitischen Kurs. Die Fed kündigte im Dezember einen schnelleren Ausstieg aus ihren Anleihekäufen an als zuvor geplant. Die Bank of England erhöhte als erste der großen Notenbanken ihren Leitzins. Demgegenüber gab die EZB noch kein klares Bekenntnis zu einem Ausstieg aus ihrer Minuszinspolitik.

Die **EZB** hat ihren ultralockeren geldpolitischen Kurs im Jahr 2021 fortgesetzt. Ein wesentlicher Pfeiler hierfür waren massive Anleihekäufe im Rahmen des seit dem Jahr 2014 laufenden Anleihekaufprogramms APP und der im März 2020 beschlossenen zusätzlichen Käufe im Rahmen des pandemiebedingten Notfall-Anleihekaufprogramms PEPP. Die Anleihebestände in den Büchern der EZB erhöhten sich beim APP um rund 200 Mrd. Euro auf 3.100 Mrd. Euro und beim PEPP um 840 Mrd. Euro auf rund 1.600 Mrd. Euro. Zusammengefasst erreichten die Anleihebestände ein Niveau von knapp 40 % des Euroraum-Bruttoinlandsprodukts.

Dem Anstieg der Inflationsrate auf Werte oberhalb der Zwei-Prozent-Marke zum Beginn der zweiten Jahreshälfte und im Dezember auf 5,0 % in der Spitze begegnete die EZB zunächst mit Gelassenheit. Noch Anfang November verwies sie auf die Sonderfaktoren und den mittelfristig nur verhaltenen Inflationsausblick. In den daran anschließenden Wochen wurde das Risiko einer Verfestigung der Inflation aber dann stärker als Risiko wahrgenommen. In der EZB Ratssitzung im Dezember wurden allerdings nur erste zaghafte Schritte in Richtung einer Zinswende vorgenommen. Wie erwartet wurde ein reguläres Ende des pandemiebedingten Notfall-Anleihekaufprogramms PEPP zum März 2022 angekündigt. Das pandemieunabhängige Kaufprogramm APP wird aber im Frühjahr 2022 zunächst noch einmal aufgestockt, bevor sich dann die Kaufvolumina im weiteren Verlauf des Jahres wieder verringern. Ein Enddatum für das

Programm wurde nicht beschlossen. Eine Zinserhöhung im Jahr 2022 wurde von EZB-Präsidentin Christine Lagarde als „sehr unwahrscheinlich“ bezeichnet.

Im Juli 2021 beschloss der EZB-Rat eine Überarbeitung seiner geldpolitischen Strategie. Insgesamt blieben die Veränderungen moderat, dürften aber alles in allem in der aktuellen Situation zu einer leichten Erhöhung der Inflationserwartungen beitragen. Die EZB strebt nun mittelfristig eine Inflationsrate von 2 % an, zuvor war als Ziel eine Teuerungsrate von unter, aber nahe 2 % formuliert worden. Zudem sollen perspektivisch in den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), der zur Messung des vorrangigen Ziels der Geldpolitik verwendet wird, die Kosten selbstgenutzten Wohneigentums einbezogen werden. Bislang werden nur Mietkosten erfasst. In der aktuellen Situation könnte dies nach Proberechnungen der europäischen Statistikbehörde Eurostat die ausgewiesene Inflationsrate um knapp einen viertel Prozentpunkt erhöhen. Allerdings sind mit der Umsetzung dieses Vorschlags zahlreiche methodische Herausforderungen verbunden, die noch gelöst werden müssen.

Die Entwicklungen rund um die Pandemie waren für die Anleihemärkte im Jahr 2021 ein zentraler Treiber. In Phasen erhöhter Unsicherheit über den Fortgang der Pandemie und damit verbundene Belastungen der Konjunktur stiegen die Kurse und entsprechend fielen die Renditen. Umgekehrt ging es mit den Kursen abwärts, wenn sich die Perspektiven aufhellten. Gleichzeitig sorgten die Anleihekäufe der EZB im Rahmen des seit 2014 bestehenden Programms APP und des Pandemie-Notfall-Anleihekaufprogramms PEPP durchgängig für Abwärtsdruck auf die Renditen.

Unter dem Eindruck steigender Impfquoten und dem Ende des Lockdowns tendierten die Renditen vom Jahresbeginn bis zum Frühjahr aufwärts. Die zehnjährige Bundrendite erhöhte sich von -0,54 % zum Jahresbeginn auf in der Spitze -0,11 % im Mai. Bis zum Spätsommer ging es mit den Renditen dann wieder bergab. Treiber war der für die Pandemiebekämpfung unzureichende Impffortschritt. Nach einem erneuten Anstieg der Renditen bis in den Oktober hinein mit einem Hoch von -0,12 % ging es dann mit den Sorgen vor der vierten Viruswelle im Herbst und dem Auftauchen der Omikron-Variante mit den Renditen wieder bergab.

Zum Jahresende waren es dann die Notenbanken, die einen erneuten Anstieg der Renditen auslösten. Die Fed straffte im Dezember ihren erst im November festgelegten Tapering-Plan deutlich. Damit wurden an den Märkten mehrere Zinsschritte der US-Notenbanken im Jahr 2022 für wahrscheinlich gehalten, was die Renditen nach oben zog. Gleichzeitig erhöhte sich der Druck auf die EZB, dem US-Vorbild zu folgen und einen konkreten Ausstiegsplan vorzulegen. Obgleich die europäischen Währungshüter wenig greifbare Signale in diese Richtung vorlegten, bewegten sich die Renditen zum Jahresende auch im Euroraum deutlich aufwärts.

Zum Jahresende lag die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen bei -0,18 % und hatte sich damit über das gesamte Jahr hinweg wieder sichtbar in Richtung der Null-Prozentmarke bewegt. Ein Jahr zuvor war die Rendite noch 40 Basispunkte höher gewesen. In den USA lag die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen zum Jahresultimo bei 1,50 %, 59 Basispunkte höher als ein Jahr zuvor. Der transatlantische Zinsspread erhöhte sich dadurch im Jahresverlauf wieder, nachdem er sich im Jahr 2021 im Vorjahresvergleich verengt hatte.

Das Aktienjahr 2021 war zweigeteilt. In der ersten Jahreshälfte konnte der **DAX** substanzielle Zuwächse erzielen. Eine Triebfeder waren die Erfolge von Pharmakonzernen, die wirksame Coronaimpfstoffe herstellen konnten. Damit verbunden war die Erwartung einer schnellen Erholung der Wirtschaft und einer Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens. Wichtige Impulse gingen auch von dem gigantischen Fiskalpaket des im Januar 2021 inaugurierten US-Präsidenten Joe Biden aus. Der DAX überwand Ende März erstmals die Marke von 15.000 Punkten und lag am Ende der ersten Jahreshälfte bei 15.531,04 Punkten, dies entspricht einem Plus zum Jahresbeginn um 13,2 %. Nicht an dem Boom teilhaben konnten Unternehmen aus dem Freizeit- und Reisebereich.

In der zweiten Jahreshälfte blieb die Aufwärtstendenz zwar erhalten, die Dynamik flachte jedoch deutlich ab. Die Impfkampagnen verloren nach anfänglichen Erfolgen merklich an Fahrt. Damit erfüllten sich die Hoffnungen auf eine Herdenimmunität nicht. Auch bremsen die ausgeprägten Materialknappheiten aufgrund von Störungen der internationalen Lieferketten und der außergewöhnlich hohen

globalen Nachfrage die Wirtschaft deutlich stärker als noch im Frühjahr erwartet. Die Inflation erwies sich infolgedessen als langwieriger als erwartet. Dies belebte die Debatte um einen geldpolitischen Kurswechsel, die dann zum Jahresende hin zu einer festeren Geldpolitik in mehreren großen Volkswirtschaften führte. Die Fed entschied sich, ihre Anleihekäufe schneller als zunächst geplant zurückzuführen und die Bank of England erhöhte als erste der großen Notenbanken den Leitzins.

Trotz dieser belastenden Entwicklungen erzielte der DAX im November mit 16.251 Punkten noch einen historischen Höchststand. Bis zum Jahresende gab er dann wieder etwas nach. Negativ auf die Aktienkurse wirkte zum Ende des Jahres vor allem die neue Coronavirus-Variante Omikron, die zwar schon früh mit weniger schweren Krankheitsverläufen verbunden wurde, sich gleichzeitig aber als deutlich ansteckender herausstellte. Daher wurde mit Omikron die Sorge breiter Produktionsausfälle verbunden, ähnlich wie bei einem wirtschaftlichen Lockdown. Zum Jahresende schloss der DAX mit 15.884,86 Punkten, damit lag er 2,3 % höher als zur Jahresmitte. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Zuwachs um 15,8 %. Im gleichen Zeitraum legte der Dow Jones um 18,7 % auf 36.338,30 Punkte zu.

2. Entwicklung der Kreditgenossenschaften in Deutschland

Im Zuge der Erholung der deutschen Wirtschaft von dem pandemiebedingten Einbruch im Vorjahr konnten die 772 Volksbanken und Raiffeisenbanken, PSD Banken, Sparda-Banken sowie die sonstigen Genossenschaftsbanken im zurückliegenden Geschäftsjahr kräftig in allen Bereichen zulegen. So konnten die bilanziellen Kundenforderungen um 6,9 % auf 710 Mrd. Euro ausgeweitet werden und die Kundeneinlagen einen Anstieg von 5,4 % auf 833 Mrd. Euro erreichen. Die addierte Bilanzsumme aller Genossenschaftsbanken stieg im Jahr 2021 um 6,5 % auf 1.145 Mrd. Euro.

Die Anzahl der Mitglieder von Genossenschaften des kreditwirtschaftlichen Sektors nahm leicht um 1,1 % auf 18,2 Mio. natürliche oder juristische Personen ab. In einem Gesamtbankenmarkt, der von hoher Wettbewerbsintensität gekennzeichnet ist, erwiesen sich auch in schwierigen Zeiten die Genossenschaftsbanken als zuverlässiger Partner.

3. Entwicklung der Volksbank Münsterland Nord eG

3.1 Allgemeine Entwicklung

Das erste volle Geschäftsjahr nach der im September 2020 vollzogenen Fusion konnte die Bank insgesamt zufriedenstellend abschließen, da die Planwerte für die wesentlichen Leistungsindikatoren und die Wachstumsziele trotz der weiterhin belastenden Rahmenbedingungen durch die Coronapandemie erreicht bzw. übertroffen werden konnten. Das **geplante ordentliche Betriebsergebnis vor Bewertungen** wurde deutlich um 13,9 Mio. Euro übertroffen und betrug 52,0 Mio. Euro. In der Folge konnte auch die **Aufwand-Ertrag-Relation** mit 67,9 % spürbar verbessert werden und erreicht damit fast das Niveau vor der Fusion (65,2 %). Geplant war eine Relation von 75,2 %. Die **Gesamtkapitalquote** der Bank lag zum Ende des Jahres mit 14,7 % unter Plan (15,5 %), da das Kreditwachstum mit 5,4 % höher lag als mit 3,0 % ursprünglich angestrebt. Die aufsichtsrechtliche kurzfristige **Liquiditätsdeckungsquote LCR** belegte zum Jahresende einen Wert von 132,1 % und liegt damit oberhalb unseres angestrebten Mindestwertes. Im Verlauf des Jahres bewegte sich diese Kennziffer zwischen 108 % und 187 %.

Unser operatives Kundengeschäft, das wir weit überwiegend in unserer Region akquirieren, konnten wir spürbar ausweiten. So erhöhten wir unser Kundenvolumen um 8,3 % und – was uns besonders erfreut – verbesserten das Provisionsergebnis um 6,1 % auf 59,4 Mio. Euro. Es liegt damit um 0,4 Mio. Euro über dem geplanten Zuwachs von 3,0 Mio. Euro. Zu dieser erfreulichen Entwicklung haben der stabile Mitglieder- und Kundenstamm, unsere bedarfsgerechten Produkt- und Dienstleistungsangebote und unser an den Kundenbedürfnissen ausgerichteter Beratungsansatz beigetragen.

Die Coronapandemie hat auch das Bankgeschäft im abgelaufenen Jahr beeinflusst. Die digitale Kundenberatung, die wir bereits vor der Coronapandemie auf den Weg gebracht haben, hat jedoch dazu beigetragen, dass wir weiterhin nahe am Kunden sind und dennoch die Kontaktbeschränkungen eingehalten werden konnten. Die für die letzten beiden Jahre befürchteten Anstiege bei der Kreditrisikovorsorge sind bislang noch nicht eingetreten. Hierzu

haben auch die weitreichenden staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für die Wirtschaft beigetragen. Die tatsächlichen Auswirkungen auf die Kreditrisikovorsorge werden sich jedoch vermutlich zeigen, wenn wieder Normalität im Gesellschafts- und Wirtschaftsleben ohne die aktuell noch bestehenden Einschränkungen eintritt. So könnte in den Jahren 2022 und 2023 das erforderliche Ausmaß für die Kreditrisikovorsorge transparenter werden als es derzeit erkennbar ist.

Insgesamt betrachtet liegt das **Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit** angesichts eines nur leicht negativen Bewertungsergebnisses mit 55,0 Mio. Euro deutlich über dem Vorjahreswert von 30,0 Mio. Euro. Dieses Ergebnis betrachten wir vor dem Hintergrund der durch Coronabedingten Anforderungen und mit Blick darauf, dass es sich um das erste volle Geschäftsjahr nach der Fusion handelt, als zufriedenstellend. Die Anzahl der **Mitglieder** unserer Genossenschaft nahm per Saldo um 3.613 Mitglieder auf 131.547 Mitglieder ab, wir wollen aber in den nächsten beiden Jahren wieder verstärkt neue Mitglieder gewinnen.

3.2 Personal- und Sozialbereich

Die mit der Fusion angestrebte Nutzung von Synergien und die damit einhergehende sukzessive Anpassung des Personalbestandes konnte weiter umgesetzt werden. Der Personalbestand (ohne Auszubildende) nahm in der Folge im Vergleich zum Vorjahr um 16 auf 968 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab. Die darüber hinaus noch bestehenden Synergiepotenziale werden in den kommenden Jahren durch weitere bereits vereinbarte und terminierte Beendigungen der Arbeitsverhältnisse erreicht werden. Die Vereinbarungen wurden überwiegend mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getroffen, die ohnehin kurz vor dem altersbedingten Ausscheiden aus dem Berufsleben stehen und die sich freiwillig und nach individueller und bankunabhängiger Beratung dazu entschlossen haben. Großen Wert legen wir auf unsere eigene Nachwuchsförderung und haben daher zum Jahresende 81 Auszubildende (Vorjahr 90) beschäftigt. Die permanente Fort- und Weiterbildung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bleibt angesichts der sich stetig ändernden und wachsenden Anforderungen im Finanzsektor und darüber hinaus ein zentrales Anliegen zur Aufrechterhaltung unseres Qualitätsanspruchs

im Kundengeschäft. Für die fachliche, methodische und soziale Qualifizierung hat die Bank mit 2.334 Tagen wieder deutlich mehr externe und interne Schulungstage aufgewendet als im Vorjahr (Vorjahr 1.843 Tage). Wegen der Coronapandemie haben sich die Aktivitäten in diesem Bereich deutlich verändert. So werden in viel stärkerem Umfang als zuvor digitale Schulungen und Weiterbildungen erfolgreich genutzt. Das spart Zeit und schont die Umwelt, da viel weniger Fahrten zu Präsenzterminen unternommen werden müssen. Die geforderten Kontaktbeschränkungen konnten damit zugleich erfolgreich umgesetzt werden.

III. VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme der Volksbank Münsterland Nord eG stieg im Berichtsjahr um + 146,9 Mio. Euro (+ 2,1 %) auf 7.082,4 Mio. Euro. Das Wachstum beruhte maßgeblich auf dem Anstieg der Kundeneinlagen, der Fördermittel von Kreditinstituten und des bilanziellen Eigenkapitals, einschließlich des Fonds für allgemeine Bankrisiken. Die zusätzlichen Refinanzierungsmittel dienten in erster Linie der Finanzierung des Anstiegs der Kundenforderungen um 5,3 %.

Bilanzsumme	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bilanzsumme	7.082.363	6.935.507	146.856	2,1

Aktivseite

Die **Kundenforderungen** konnten um + 247,0 Mio. Euro (+ 5,3 %) auf 4.911,3 Mio. Euro ausgeweitet werden. Zudem haben wir unsere unwiderruflichen Kreditzusagen um 261,3 Mio. Euro erhöht. Zu diesem Wachstum, das deutlich über unserem Planwert lag, trugen maßgeblich Wohnungsbaufinanzierungen und gewerbliche Finanzierungen bei. Im abgelaufenen Jahr haben wir rund 2.800 neue Baufinanzierungsvorgänge mit einem Volumen von 880,0 Mio. Euro bearbeitet. Wir nahmen Finanzierungen im Umfang von 610,0 Mio. Euro (Vorjahr 443,1 Mio. Euro) auf die eigenen Bücher. Hiervon entfielen 143,0 Mio. Euro (Vorjahr 167,0 Mio. Euro) auf Förderkredite. Zudem vermittelten wir Finanzierungen mit einem Volumen von 270,0 Mio. Euro (Vorjahr 340,0 Mio. Euro) an unsere Kooperations- und Verbundpartner. Die Forderungen an unsere Kunden haben wir auch zum Jahresende 2021 wieder mit Vorsicht bewertet. Für erkennbare bzw. latente Risiken haben wir in angemessener Höhe Einzel- und Pauschalwertberichtigungen gebildet und diese von den Kundenforderungen abgesetzt. Die Pauschalwertberichtigungen haben wir dabei mit Blick auf die potenziellen Kreditausfälle als Folge der Coronapandemie nicht mehr mit dem steuerrechtlichen Ermittlungsansatz, sondern mit einem risikoorientierteren Ansatz berechnet. Gleichwohl konnten von der bestehenden Pauschalwertberichtigung 0,4 Mio. Euro wieder

aufgelöst werden, nachdem im Vorjahr noch nahezu eine Verdopplung auf 4,4 Mio. Euro erfolgte.

Die Forderungen gegenüber der **Deutschen Bundesbank und Kreditinstituten sowie die Wertpapieranlagen** haben wir im Berichtszeitraum um 100,5 Mio. Euro (-5,1 %) auf insgesamt 1.871,4 Mio. Euro im Rahmen unseres Liquiditäts- und Bilanzstrukturmanagements reduziert. Der weit überwiegende Teil des Bestandes der festverzinslichen Wertpapiere besteht aus Emissionen öffentlicher Emittenten, aus gedeckten Schuldverschreibungen und aus Emissionen des genossenschaftlichen Verbundes sowie anderer Kreditinstitute. Strukturierte Wertpapiere und mit hohen Ausfallrisiken behaftete Wertpapiere befinden sich nicht unter den festverzinslichen Wertpapieren. Zudem führen wir einen Spezialfonds, der unter dem Bilanzposten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ausgewiesen wird und in dem wir Fondsanteile, Corporate Bonds hoher Qualität und andere festverzinsliche Titel halten. Der Spezialfonds wurde um 40,0 Mio. Euro aufgestockt. Innerhalb dieses Fonds erfolgen die Anlagen auf Basis von Anlagerichtlinien und Risikokennzahlen durch die Fondsmanager der Kapitalanlagegesellschaft Union Investment.

Die **Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen** konzentrieren sich nahezu ausschließlich auf Unternehmen der genossenschaftlichen Finanzgruppe des Genossenschaftssektors sowie auf unsere Tochterunternehmen, die sich auf Aktivitäten im Immobilienbereich konzentrieren. Der Beteiligungsausweis hat sich gegenüber dem Vorjahr nur leicht erhöht. Besondere Veränderungen gab es im Beteiligungsportfolio nicht. Eine Konzernbilanz ist mit Blick auf die verbundenen Unternehmen nicht erforderlich, da sie für die Vermittlung eines zutreffenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gemäß § 296 Abs. 2 HGB von untergeordneter Bedeutung sind.

Zu den verbundenen Unternehmen der Bank gehören:

Die Volksbank Immobilien Münsterland GmbH vermittelt Immobilien in unserer Region und entwickelt und vertreibt im Rahmen von Bau-trägermodellen entsprechende Objekte. Sie verfügte zum Ende des Geschäftsjahres 2020 über ein Eigenkapital von 3,3 Mio. Euro (Vorjahr

2,6 Mio. Euro) und erzielte im Geschäftsjahr 2020 ein Ergebnis von 0,7 Mio. Euro (Vorjahr 0,5 Mio. Euro).

Die Grundstücksgesellschaft Volksbank Münsterland GmbH hält und entwickelt Immobilien in unserer Region. Sie verfügte zum Ende des Geschäftsjahres 2020 über ein Eigenkapital von 8,4 Mio. Euro (Vorjahr 8,2 Mio. Euro) und erzielte im Geschäftsjahr 2020 ein Ergebnis von 0,2 Mio. Euro (Vorjahr 0,3 Mio. Euro).

Die IWM Immobilien-Werte Münsterland GmbH besteht erst seit 2019 und hält und erwirbt Immobilien in unserer Region. Sie verfügte zum Ende des Geschäftsjahres 2020 über ein Eigenkapital von 0,2 Mio. Euro (Vorjahr 0,1 Mio. Euro) und erzielte im Geschäftsjahr 2020 ein Ergebnis von -0,2 Mio. Euro (Vorjahr -0,0 Mio. Euro). Das negative Ergebnis ist bei Immobilienhaltenden Gesellschaften in der Startphase nicht ungewöhnlich.

Das **Sachanlagevermögen** der Bank nahm einschließlich der beweglichen Vermögensgegenstände um 2,2 Mio. Euro (-3,8 %) auf 56,7 Mio. Euro ab. Der Rückgang resultiert weit überwiegend aus planmäßigen Abschreibungen. Besondere Veränderungen waren beim Sachanlagevermögen nicht zu verzeichnen.

Die **Treuhandkredite** der Bank sind um 3,0 Mio. Euro auf 17,7 Mio. Euro gestiegen. Es handelt sich hier weitgehend um Kredite aus dem pandemiebedingten Sonderprogramm der KfW, die die Bank im eigenen Namen, aber für Rechnung der KfW an unsere Kunden herausgelegt hat. Bei diesen Krediten liegt das Ausfallrisiko ausschließlich bei der KfW; die Bank übernimmt die Bearbeitung der Kredite unter Beachtung der geforderten Rahmenbedingungen der KfW und die Führung der einzelnen Darlehenskonten.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Kundenforderungen	4.911.300	4.664.307	246.993	5,3
Wertpapieranlagen	914.974	877.372	37.601	4,3
Forderungen an Kreditinstitute	791.068	1.062.354	-271.286	-25,5

Passivseite

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** nahmen im Berichtszeitraum um 58,1 Mio. Euro (+ 5,2 %) auf 1.184,1 Mio. Euro zu. Der Zuwachs resultiert weit überwiegend aus Refinanzierungen für das Förderkreditgeschäft. Das Förderkreditgeschäft erstreckt sich insbesondere auf das Angebot der KfW an die deutsche Wirtschaft zur Überbrückung von Liquidität und Finanzierungsbedarf im Rahmen der Coronapandemie sowie zur Finanzierung förderfähiger Projekte z. B. im Bereich Klima- und Umweltschutz, aber auch zur Finanzierung von privaten Wohnungsbauinvestitionen.

Die **Kundeneinlagen** stiegen nahezu planmäßig um + 51,5 Mio. Euro (+ 1,0 %) auf 5.160,6 Mio. Euro. Trotz des niedrigen Zinsniveaus und der zunehmenden negativen Verzinsungen bleibt bei den Kunden eine Präferenz für sichere Liquiditäts-

anlagen in Form von Einlagen bei unserer Bank bestehen. Da es keine Verzinsungsunterschiede im Bereich der befristeten Einlagen und der Sichteinlagen mehr gibt, favorisieren unsere Mitglieder und Kunden weiterhin das Produkt Tagesgeld und die Einlagen auf den Konten in laufender Rechnung. Daher verzeichnen wir seit einigen Jahren überwiegend bei den Sichteinlagen Zuwächse. Der im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringere Zuwachs bei den Kundeneinlagen ist auch eine Folge der vermehrten Alternativenanlagen in Fondsprodukten der Union Investment sowie der erweiterten Durchsetzung der Negativzinsen bei größeren Kundeneinlagen. Der Anstieg bei den Spareinlagen ist auf bestehende langfristige Sparverträge mit ratierten Sparraten zurückzuführen. Neue Spareinlagenverträge werden nicht begründet.

Die **Rückstellungen** nahmen um 5,6 Mio. Euro (- 6,9 %) auf 75,9 Mio. Euro ab. Die im letzten Jahr gebildeten Rückstellungen für das angebotene Überbrückungsprogramm für Mitarbeiter, die unter Berücksichtigung eines entsprechenden Zahlungsausgleichs die Gelegenheit nutzen wollten, frühzeitig in den Ruhestand zu wechseln, konnten vollständig ausgeglichen werden, da sie entweder durch vertragliche Vereinbarung mit den Mitarbeitern in Verbindlichkeiten gewandelt wurden oder aber aufgelöst werden konnten. Andererseits erhöhten sich die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen um 4,7 Mio. Euro aufgrund der laufenden normalen Zuführungen und des weiter gesunkenen Rechnungszinses.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bankrefinanzierungen	1.184.115	1.126.029	58.086	5,2
Spareinlagen	1.211.755	1.183.768	27.987	2,4
Andere Einlagen	3.948.876	3.925.338	23.538	0,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	1	56	-55	-98,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	1.391	-1.391	-100,0

Eigenkapital

Das Eigenkapital laut Bilanz sowie die Eigenmittelausstattung und Eigenmittelquoten gemäß den Vorschriften der CRR stellen sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR %	TEUR %	TEUR	%
Eigenkapital laut Bilanz ¹⁾	631.889	594.241	37.648	6,3
Eigenmittel (Art. 72 CRR)	651.281	650.972	308	0,0
Harte Kernkapitalquote	13,2 %	14,1 %		
Kernkapitalquote	13,2 %	14,1 %		
Gesamtkapitalquote	14,7 %	15,8 %		

1) Hierzu zählen die Passivposten 11 (Fonds für allgemeine Bankrisiken) und 12 (Eigenkapital)

Das bilanzielle Eigenkapital der Bank konnten wir unter Berücksichtigung des Fonds für allgemeine Bankrisiken um + 37,6 Mio. Euro (+ 6,3 %) auf 631,9 Mio. Euro weiter ausbauen. Das bilanzielle Eigenkapital bildet die wesentliche Grundlage der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel, die jedoch noch um weitere Komponenten ergänzt

werden. Insgesamt verfügt die Bank zum Ende des Geschäftsjahres 2021 ohne Berücksichtigung der aufsichtsrechtlich zu diesem Zeitpunkt noch nicht anerkannten Dotierungen des Fonds für allgemeine Bankrisiken und der Rücklagen aus dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2021 über aufsichtsrechtliche Eigenmittel in Höhe von 651,3 Mio. Euro (Vorjahr 651,0 Mio. Euro), mit denen wir eine aufsichtsrechtliche Gesamtkapitalquote von 14,7 % (Vorjahr 15,8 %) erzielt haben. Geplant war zum Ende des Geschäftsjahres eine Gesamtkapitalquote von 15,5 %, die jedoch wegen des höher als geplanten Kreditwachstums unterschritten wurde. Mit 14,7 % können wir die Mindestanforderungen von 11,1 % einschließlich eines aufsichtsrechtlichen SREP-Zuschlages von 0,25 %-Punkten sowie einer aufsichtsrechtlichen Netto-Eigenmittelzielkennziffer von 0,3 %-Punkten deutlich übertreffen. Unser Kernkapital beläuft sich dabei auf 588,2 Mio. Euro nach 579,6 Mio. Euro im Vorjahr. Die Kernkapitalquote übertrifft mit 13,2 % (Vorjahr 14,1 %) den geforderten Wert einschließlich Kapitalerhaltungspuffer von 8,7 % für 2021 ebenfalls deutlich. Die aus dem aufsichtsrechtlichen Überwachungsprozess resultierenden zusätzlichen Eigenkapitalanforderungen (SREP) von 0,25 % deuten auf eine weitgehend normale Risikopositionierung der Bank hin. Mit dem vorhandenen Eigenkapitalpolster und den Eigenkapitaldotierungen aus dem Jahresabschluss 2021 kann die Bank auch im laufenden Geschäftsjahr das angestrebte Wachstum im Hinblick auf die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen uneingeschränkt umsetzen. Die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken und der Rücklagen aus dem Jahresabschluss 2021 würde per Jahresende 2021 zu einer Gesamtkapitalquote von 15,6 % und zu einer Kernkapitalquote von 14,1 % führen. Mit unserer Kapitalplanung verfügen wir ferner über ein Instrumentarium, das die mittelfristige Steuerung der Bank hinsichtlich der Eigenmittel und der Eigenmittelanforderungen und damit letztlich auch unserer Wachstumsstrategien unterstützt.

Außerbilanzielles Geschäft

Die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen nahmen im zurückliegenden Geschäftsjahr um 8,3 Mio. Euro (+ 10,3 %) auf 88,6 Mio. Euro wieder deutlich zu. Die unwiderruflichen Kreditzusagen stiegen hingegen kräftig um 261,3 Mio. Euro auf einen

Betrag von 687,7 Mio. Euro. Die Kreditzusagen betreffen im wesentlichen Darlehenszusagen für Wohnungsbaufinanzierungen und Investitionskredite sowie nicht jederzeit widerrufliche Kreditlinien für kurzfristige Kredite und Konten in laufender Rechnung.

Das Geschäft mit Derivaten in Form von Devisentermingeschäften und Zinsswaps betreibt die Bank in überschaubarem Umfang. Wir bieten der gewerblichen Kundschaft zur währungsbezogenen Absicherung ihrer terminierten Zahlungen in fremder Währung Devisentermingeschäfte an und decken diese gleichzeitig zu unserer eigenen Absicherung bei unserer Zentralbank wieder ein. Das Gesamtvolumen dieser Geschäfte belief sich zum Ende des Geschäftsjahres 2021 auf 3,7 Mio. Euro. Die Zinsswapgeschäfte der Bank im Umfang von 177,0 Mio. Euro (Vorjahr 177,0 Mio. Euro) dienen ausschließlich der Absicherung von Zinsänderungsrisiken und somit der risikoorientierten Zinsergebnissteuerung der Bank.

Liquiditätslage

Der Sicherstellung der Liquidität der Bank wird von der Bankenaufsicht eine besondere Bedeutung beigemessen. Die aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen wurden in den letzten Jahren deutlich verschärft. Sie sollen die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Bank sicherstellen.

Die aufsichtsrechtliche kurzfristige Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio) wurde mit 132,1 % (Vorjahr 172,6 %) bei einer Anforderung von 100 % vollumfänglich eingehalten. Auch der in der Planung angestrebte Wert von mindestens 20 %-Punkten oberhalb des geforderten Wertes konnte damit übertroffen werden.

Die liquiden Wertpapieranlagen und die liquiden Anlagen bei der Deutschen Bundesbank und bei anderen Banken, vorwiegend in der genossenschaftlichen Finanzgruppe, beliefen sich zum Jahresende 2021 auf rund 1.346,8 Mio. Euro (Vorjahr 1.452,5 Mio. Euro). Dieser Liquiditätspuffer ermöglicht weiteres Kundenkreditgeschäft beziehungsweise kann für potenzielle Einlagenabflüsse herangezogen werden. Im gesamten zurückliegenden Jahr war die Liquidität der Bank zu jedem Zeitpunkt uneingeschränkt gegeben.

Einlagensicherung

Unsere Bank ist der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen.

Mit Inkrafttreten des Einlagensicherungsgesetzes (EinSiG) am 3.07.2015 ist die neue BVR-Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) als amtlich anerkanntes Einlagensicherungssystem neben die weiterhin bestehende Sicherungseinrichtung des BVR (BVR-SE) getreten. Die BVR-SE ist als zusätzlicher genossenschaftlicher Schutz im sogenannten dualen System parallel zum BVR-ISG Sicherungssystem tätig. Zur Erfüllung von § 1 EinSiG i. V. m. § 1 Abs. 3d Satz 1 KWG ist die Bank mit Wirkung vom 3.07.2015 dem BVR-ISG-Sicherungssystem beigetreten.

IV. ERTRAGSLAGE

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Genossenschaft stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Erfolgskomponenten	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss¹⁾	100.904	94.352	6.553	6,9
Provisionsüberschuss²⁾	59.362	55.954	3.408	6,1
Nettoertrag des Handelsbestandes	0	103	-103	-100,0
Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen	5.452	-8.857	14.309	161,6
Betriebsaufwand	110.046	115.536	-5.490	-4,8
a) Personalaufwendungen	68.396	68.031	365	0,5
b) andere Verwaltungsaufwendungen	36.376	41.885	-5.509	-13,2
c) Abschreibungen auf Sachanlagen	5.274	5.620	-346	-6,2
Bewertungsergebnis³⁾	-657	3.985	-4.642	-116,5
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	55.016	30.001	25.015	83,4
Steueraufwand	14.245	17.115	-2.869	-16,8
Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken	30.585	6.511	24.074	369,7
Jahresüberschuss	10.186	6.376	3.810	59,8

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

2) GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

3) Saldo aus den GuV-Posten 13 bis 16

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss ist im Vergleich zum Vorjahr erfreulich um 6,6 Mio. Euro (+ 6,9 %) gestiegen und nahm damit um 5,0 Mio. Euro stärker zu als erwartet. Eine wesentliche Ursache hierfür war die für 2019 nachgeholte Dividendenzahlung der DZ BANK AG neben der Dividende für 2020. Zudem erfolgte eine Ausschüttung aus dem Spezialfonds der Bank in Höhe von 6,9 Mio. Euro (Vorjahr 0,0 Mio. Euro) und das deutliche Kreditwachstum trug ebenso zum verbesserten Zinsergebnis bei. Gleichwohl nahmen die Zinserträge ohne die laufenden Erträge im Berichtsjahr um -9,1 Mio. Euro (Vorjahr -8,8 Mio. Euro) ab, während die Zinsaufwendungen sich nur um 3,0 Mio. Euro verringerten. Der unterproportionale Rückgang der Zinsaufwendungen im Vergleich zu den Zinserträgen ist auf den Zuwachs bei den Refinanzierungsmitteln für die Förderkredite zurückzuführen.

Provisionsüberschuss

Das Provisionsergebnis aus dem Dienstleistungsgeschäft konnte insgesamt um +3,4 Mio. Euro (+6,1 %) auf 59,4 Mio. Euro ausgeweitet werden. Das für 2021 geplante Provisionsergebnis wurde damit um +0,4 Mio. Euro übertroffen.

Einen hohen Anteil an dieser Entwicklung hatte die Vermögens- und Anlageberatung in Wertpapieren und Fondsprodukten. Diese wurde aufgrund der an den Kundenbedürfnissen ausgerichteten Beratung durch unsere Vermögensbetreuer und der Professionalität des Vermögensmanagements der in der genossenschaftlichen Finanzgruppe verankerten Kapitalanlagegesellschaft Union Investment weiter ausgeweitet. Das Depotvolumen unserer Kunden und deren Wertpapieranlagen bei der Union Investment sowie bei der DZ PRIVATBANK S.A. stiegen insbesondere wegen der Kursentwicklung an den Aktienmärkten und aufgrund zusätzlicher Kundenanlagen um +593,7 Mio. Euro (+23,7 %) auf 3.095,5 Mio. Euro. Die Anzahl der Vermögensverwaltungsmandate stieg auf 1.064 (Vorjahr 600) und das dazu korrespondierende Volumen auf 353 Mio. Euro (Vorjahr 209 Mio. Euro). Der Provisionsüberschuss aus der Vermögensverwaltung und dem Wertpapiergeschäft konnte aufgrund dieser Entwicklung kräftig um 27,7 % auf 19,1 Mio. Euro zulegen.

Ein für alle Mitglieder und Kunden der Bank wichtiger Baustein ist ein gut funktionierender und sicherer Zahlungsverkehr, für den die Bank auch nennenswerte Ressourcen bereitstellt. Dazu zählen die Bereitstellung von Kredit- und Bankkarten, das Betreiben von ausreichend vielen Geldausgabeautomaten und Selbstbedienungstandorten in unserer Region, das Vorhalten eines gut gesicherten und geschützten Onlinebankings und die professionelle Abwicklung sämtlicher Zahlungsaufträge von unseren Kunden und die Zahlungseingänge bei unseren Kunden. Das Provisionsergebnis aus diesem Bereich stieg um +7,0 % auf 23,8 Mio. Euro.

Für Finanzierungsvermittlungen erzielten wir ein Provisionsergebnis von 7,4 Mio. Euro. Neben Baufinanzierungen vermitteln wir auch Konsumentenkredite und Leasingverträge an unsere Verbundpartner. Insgesamt nahm das Provisionsergebnis für Finanzierungsvermittlungen um -8,6 % ab, da weniger Kredite vermittelt wurden und stattdessen auf die eigenen Bücher genommen wurden.

Das Provisionsergebnis aus dem Neugeschäft mit Bausparverträgen bei der Bausparkasse Schwäbisch Hall hat sich auch aufgrund des niedrigen Zinsniveaus weiter verringert (-11,6 %). Es wurden 3.579 (Vorjahr 3.953) neue Verträge mit einem Volumen von 179,7 Mio. Euro (Vorjahr 191,1 Mio. Euro) abgeschlossen. Der Bausparanlagenbestand hat sich auf 539,3 Mio. Euro (Vorjahr 531,7 Mio. Euro) erhöht.

Das Versicherungsgeschäft ist ebenfalls ein integraler Bestandteil unserer Beratung in Finanzprodukten und Finanzdienstleistungen. In diesem Bereich arbeiten wir intensiv mit unserer leistungsstarken R+V Versicherung zusammen. Die bewertete Beitragssumme für neu abgeschlossene Lebensversicherungen nahm um 3,3 % auf 56,2 Mio. Euro zu. Die neu vermittelten Sachversicherungen konnten um 947 (+7,7 %) auf 13.193 Abschlüsse gesteigert werden. Das Provisionsergebnis aus dem Versicherungsgeschäft ging dennoch um 2,0 % auf 3,9 Mio. Euro zurück.

Das Provisionsergebnis aus den anderen Dienstleistungsbereichen der Bank, insbesondere aus dem Aval- und Kreditgeschäft, aus dem Auslandsgeschäft und aus den sonstigen Dienstleistungen, verringerte sich um 1,4 Mio. Euro (-25,5 %) auf 4,0 Mio. Euro. Dabei ist jedoch zu beachten, dass im Vorjahr das Immobilienvermittlungsgeschäft mit einem Provisionsergebnis von 1,8 Mio. Euro teilweise noch in der Bank abgewickelt wurde. Mit Beginn des Geschäftsjahres 2021 wird dieses Geschäft vollständig von unserem verbundenen Unternehmen Volksbank Immobilien Münsterland GmbH abgedeckt und dort bilanziert.

Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren primär aus der Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen (6,4 Mio. Euro), den Mieterträgen (1,3 Mio. Euro), den Erstattungen von Personal- und Sachaufwendungen (2,2 Mio. Euro) und den sonstigen Erträgen (2,3 Mio. Euro). In den sonstigen Erträgen ist ein Posten von 2,0 Mio. Euro enthalten, der aus einer nicht ausgeübten Wandelanleihe der DZ BANK AG resultiert. Es handelt sich bei den sonstigen betrieblichen Erträgen bis auf die Mieterträge nicht um nachhaltige, stets wiederkehrende Erträge.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten mit 4,5 Mio. Euro überwiegend Diskontierungsaufwendungen aus Rückstellungsberechnungen. Zudem wurden für weitere, im Vorjahr im Rahmen der Rückstellungsbildung nicht berücksichtigte Fälle des Überbrückungsprogramms zusätzlich 1,4 Mio. Euro aufgewendet.

Insgesamt hat sich der Saldo aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen um 14,3 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr verbessert und liegt mit +5,5 Mio. Euro um 6,7 Mio. Euro über unserer Erwartung für das Geschäftsjahr.

Personalaufwand

Der Personalaufwand nahm trotz des Rückgangs des Personalbestandes um 0,4 Mio. Euro (+0,5 %) auf 68,4 Mio. Euro geringfügig stärker zu als geplant. Geplant waren 68,1 Mio. Euro.

Andere Verwaltungsaufwendungen

Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind deutlich stärker um +5,5 Mio. Euro (-13,2 %) auf 36,4 Mio. Euro zurückgegangen als ursprünglich erwartet. Geplant waren 40,6 Mio. Euro. Der Rückgang ist insbesondere auf geringer als geplante Aufwendungen für die IT-Systeme (-1,8 Mio. Euro), für die Instandhaltungen unserer Bankstandorte (-1,0 Mio. Euro), für Marketing (-0,6 Mio. Euro), für Beiträge und Versicherungen (-0,6 Mio. Euro) und für Sonstiges (-0,3 Mio. Euro) zurückzuführen. Die hohen Abweichungen sind einerseits darauf zurückzuführen, dass nach der durchgeführten Fusion die konsolidierten Aufwendungen nur mit hohen Unsicherheiten abgeleitet werden konnten; andererseits zeigt sich in der Entwicklung aber auch, dass schon im ersten Jahr nach der Fusion intensiv an der Hebung von Synergieeffekten gearbeitet wurde. Diese positive Entwicklung wurde in den Planansätzen für 2021 noch nicht antizipiert.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen beliefen sich auf 5,3 Mio. Euro und damit um 0,3 Mio. Euro niedriger als im Vorjahr sowie um 1,5 Mio. Euro unter Plan. Die Planungen gingen von höheren Neuinvestitionen aus, die aber nicht realisiert oder zeitlich verschoben wurden.

Aufwandsüberhang aus der Bewertung

Trotz der massiven und nachhaltigen Auswirkungen der Coronapandemie auf die Realwirtschaft blieben höhere Kreditrisikovorsorgen für das Kundenkreditgeschäft aus. Insgesamt ergab sich für die Kreditrisikovorsorge unter Berücksichtigung einer Auflösung von Pauschalwertberichtigungen im Umfang von 0,4 Mio. Euro ein positiver Bewertungsbetrag von 2,2 Mio. Euro (Vorjahr: -1,0 Mio. Euro). Geplant waren hierfür auf kalkulatorischer Basis -32,1 Mio. Euro und damit weitaus mehr, als tatsächlich zu berücksichtigen war. Einzelwertberichtigungen konnten per Saldo wegen Wegfall der Risiken aufgelöst werden. Es ist aber nicht auszuschließen, dass als Folge der Coronapandemie in den nächsten Geschäftsjahren die Erfordernisse für die Kreditrisikovorsorge wieder deutlich zunehmen werden. Für den Wertpapierbestand der Bank ergab sich nach dem Anstieg der Renditen für die im Eigenbestand befindlichen festverzinslichen Wertpapiere ein Bewertungsergebnis von -2,9 Mio. Euro. Geplant war hierfür lediglich ein Betrag von -2,0 Mio. Euro. Insgesamt resultiert aus der Bewertung von Kundenforderungen und Wertpapieren ein Aufwandsüberhang von -0,7 Mio. Euro.

Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit nahm aufgrund des gestiegenen Zins- und Provisionsergebnisses, der geringeren Verwaltungsaufwendungen und des gestiegenen Saldos aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen deutlich um +25,0 Mio. Euro (+83,4 %) auf 55,0 Mio. Euro zu. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass das vorhergehende Geschäftsjahr aufgrund der Fusion mit besonderen Aufwendungen belastet war. Wir bewerten das Ergebnis als zufriedenstellend, zumal unsere Planungen diesbezüglich wegen der kalkulatorischen Risikovorsorgen bei nur 4,0 Mio. Euro lagen. Nach einem Steueraufwand von 14,2 Mio. Euro und der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 30,6 Mio. Euro (Vorjahr 6,5 Mio. Euro), die zugleich auch der Stärkung unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals dient, verbleibt ein Jahresüberschuss von 10,2 Mio. Euro, der um +3,8 Mio. Euro über dem Vorjahr liegt. Dieses Ergebnis erlaubt es uns, der Vertreterversammlung eine Dividende in Höhe 2,0 % und eine Rücklagendotierung im Umfang von 9,0 Mio. Euro (Vorjahr 4,6 Mio. Euro) vorzuschlagen.

Steueraufwand

Für das Geschäftsjahr werden 14,8 Mio. Euro Ertragssteuern erforderlich und damit 1,3 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. Der im Verhältnis zur Ergebnisveränderung geringe Zuwachs beim Steueraufwand ist darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr handelsrechtliche Aufwendungen steuerrechtlich nicht anerkannt wurden. Dafür erfolgte im Geschäftsjahr ein Ausgleich. Die sonstigen betrieblichen Steuern waren im letzten Jahr mit den bei einer Fusion anfallenden Grunderwerbsteuern belastet. Im laufenden Jahr erfolgten Erstattungen auf die Vorauszahlungen. Noch liegen aber nicht alle Bescheide für die Grunderwerbsteuern vor, sodass es hier auch noch zu Nachbelastungen kommen kann.

Betriebsergebnis vor Bewertung

Neben dem bilanziellen Ergebnis betrachtet die Bank insbesondere das betriebswirtschaftliche operative Ergebnis des Jahres. Es basiert auf dem Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit vor Bewertung, bereinigt um außergewöhnliche bzw. einmalige Aufwendungen und Erträge im Sinne einer auf das operative Bankgeschäft ausgerichteten Größe. Im abgelaufenen Geschäftsjahr betrug das Betriebsergebnis vor Bewertung 52,0 Mio. Euro. Die Aufwands-Ertrags-Relation (Cost-Income-Ratio) hat sich auf Basis der betriebswirtschaftlichen Betrachtung von 77,0 % auf 67,9 % deutlich verbessert. Diese Kennziffer fällt damit erheblich niedriger aus als mit 75,2 % geplant.

Zusammenfassung

Die Verbesserungen bei allen Rohertragspositionen und die rückläufigen Verwaltungsaufwendungen konnten den Aufwandsüberhang aus der Bewertung und dessen Veränderung gegenüber dem Vorjahr deutlich übertreffen. In der Folge konnte ein Ergebnis nach Steuern erzielt werden, das die Planung übertraf und aus dem eine Dividendenzahlung an die Mitglieder sowie eine kräftige Kapitalstärkung der Bank im Umfang von 39,6 Mio. Euro möglich ist. Insofern betrachten wir das Ergebnis als zufriedenstellend.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres (Nachtragsbericht) wie folgt eingetreten:

Mit dem Angriff durch Russland am 24. Februar 2022 hat die Ukraine den Kriegszustand ausgerufen. Die aktuelle Situation ist geprägt von geopolitischen Spannungen, die weltweit in die Volkswirtschaften ausstrahlen. So haben zum Beispiel die Europäische Union sowie die USA zwischenzeitlich umfangreiche Sanktionspakete verabschiedet und verhängt. Es ist nicht auszuschließen, dass auf Ebene der Wirtschaftspolitik weitere Maßnahmen beschlossen werden, die einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit und somit auch auf die Wirtschaftlichkeit des Handelns der Marktteilnehmer in den betroffenen Wirtschaftsräumen haben. Ein Ende dieser durch Ungewissheit geprägten Situation ist nicht absehbar. Durch den Russland-Ukraine-Konflikt können sich nachhaltige Belastungen auch für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Bank ergeben. Durch die Auswirkungen auf die Finanzmärkte können Wertpapierabschreibungen notwendig werden und zu einem Abschmelzen von Kurswertreserven führen, die auch die Risikotragfähigkeit der Bank belasten. Es ist zu erwarten, dass die negativen Folgen für die Bank umso größer sind, je länger der Russland-Ukraine-Konflikt anhält.

V. RISIKOBERICHT

Risikomanagementsystem

Eine wesentliche volkswirtschaftliche Funktion von Banken stellt die Transformation finanzieller Größen, wie beispielsweise Währungs Transformationen, Laufzeittransformationen, Risiko-transformationen oder auch Größenklassen-transformationen, dar. Diese Transformationen führen zu bankspezifischen Risiken, die in den Kategorien Adressenausfall-, Marktpreis- (z. B. Zinsänderungs-, Fonds- und Währungsrisiken sowie Risiken bei Investments in Immobilien und Beteiligungen) sowie Liquiditäts- und operativen Risiken einer intensiven quantitativen und qualitativen Analyse unterliegen. Daneben bestehen allgemeine Geschäftsrisiken (z. B. aufgrund von Konjunkturschwankungen, neuen Technologien, Wettbewerbssituationen und sonstigen sich verändernden Rahmenbedingungen).

Ziel unseres Risikomanagements ist es, negative Abweichungen von unseren Erfolgs-, Eigenmittel- und Liquiditätsplanungen zu vermeiden. Das Risikofrüherkennungs- und Überwachungssystem ist primär darauf ausgerichtet, Risiken rechtzeitig zu identifizieren und bei Bedarf gegensteuernde Maßnahmen einzuleiten. Die Einbindung des Risikomanagements in das Gesamtbanksteuerungssystem dient aber zugleich auch der Identifizierung und Nutzung von Chancenpotenzialen.

Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeitsberechnungen haben wir für die bestehenden spezifischen Bankgeschäftsrisiken Verlustbegrenzungen bzw. in Teilbereichen auch Volumenbegrenzungen oder aber Zielgrößen definiert. Über die Ergebnisse der durchgeführten Analysen und Auswertungen, die auch Stress-Szenario-Betrachtungen umfassen, werden der Aufsichtsrat, der Vorstand und die betreffenden Unternehmensbereiche – ungeachtet eventuell aktueller Einzelinformationspflichten – durch vierteljährliche Risikoreports informiert.

Das Risikomanagement zur Früherkennung von Risiken ist vor dem Hintergrund wachsender Komplexität der Märkte im Bankgeschäft von erheblicher Bedeutung. Wir verstehen dies als eine zentrale Aufgabe. Sie ist im Bereich Unternehmenssteuerung angesiedelt.

Risikokategorien

Adressenausfallrisiken

Die Ermittlung von Adressenausfallrisiken basiert hauptsächlich auf Kreditratings, die durch Anwendung von Verfahren der genossenschaftlichen Finanzgruppe abgeleitet werden. Für alle wesentlichen Kundensegmente ordnet dieses System die auf Basis historischer Zeitreihenanalysen ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeiten den einzelnen Kunden zu. In Verbindung mit den unbesicherten Kreditanteilen ergeben sich daraus die „erwarteten Verluste“ bezogen auf die nächsten 12 Monate. Über diese „erwarteten Verluste“ hinaus ermitteln wir mithilfe mathematisch-statistischer Verfahren die „unerwarteten Verluste“ als Credit Value at Risk (CVaR). Der CVaR berücksichtigt neben den Ausfallwahrscheinlichkeiten der Kreditnehmer auch die Granularität des Kreditportfolios, unterstellte Branchenkorrelationen und die Größenstruktur der ungesicherten Kredite. Das Risikomaß CVaR gibt an, dass die „unerwarteten Verluste“ mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,0 % innerhalb von zwölf Monaten den angegebenen Betrag nicht übersteigen werden.

Die Kreditratings unseres Kundenkreditportfolios werten wir auf aggregierter Basis u. a. nach Kreditvolumina, Blankoanteilen und Verlustpotenzialen aus. Unsere Analysen geben außerdem Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Branchen und Größenklassen, eigenen Adressenausfall- bzw. Volumenbegrenzungen sowie Steuerungskennzahlen bzw. Informationsgrößen hinsichtlich der Blankokreditanteile, Kreditinanspruchnahmen, Kreditstrukturen, Überziehungen und dienen der Initiierung risikosteuernder Maßnahmen.

Die Streuung der Kundenforderungen nach Branchen und Größenklassen zeigt sich mit Ausnahme der Branche „Grundstücks- und Wohnungswesen“, bei der das Limit leicht überschritten wurde, zum Ende des Berichtsjahres ausgewogen. Das Strukturlimit „Kreditgrößenstruktur“ begrenzt das Risikovolumen der 10 größten Engagements der Bank im Verhältnis zum gesamten Risikovolumen der Bank und wird mit 6,0 % belegt. Es unterstützt eine breite Streuung der Kundenforderungen hinsichtlich Größenklassen. Das Limit für die Branchenstrukturquote beträgt 18,0 %. Es begrenzt das Risikovolumen der größten Branche innerhalb

unseres Kreditportfolios, das „Grundstücks- und Wohnungswesen“, im Verhältnis zum gesamten Risikovolumen und unterstützt somit eine breite Branchenstreuung des Kreditportfolios. Nennenswerte Forderungen an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland bestehen nicht. Kredite mit akuten Ausfallrisiken sind hinreichend wertberichtigt. Der Umfang der Forderungen mit erhöhten latenten Risiken ist überschaubar; für darin enthaltene Ausfallgefahren bestehen auf Basis unserer Risikotragfähigkeitsberechnungen ausreichende Abschirmungsmöglichkeiten aus dem laufenden Ergebnis und/oder aus bestehenden Reserven.

Adressenausfallrisiken in unserem Bestand an festverzinslichen Wertpapieren messen wir über Credit-Value-at-Risk-Verfahren und über Spread-Entwicklungsmodelle. Wir begrenzen diese Risiken grundsätzlich dadurch, dass wir volumenmäßige Begrenzungen nach Emittenten festgelegt haben und keine Papiere mit einem Rating schlechter als BBB nach Standard & Poor's (bzw. Moody's und Fitch) neu in diesen Bestand aufnehmen.

Für den in der Position „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ enthaltenen Spezialfonds erhalten wir die Adressenausfallrisiken, die aus den Anlagen in diesem Fonds resultieren, monatlich von der Kapitalanlagegesellschaft Union Investment. Der diesbezügliche Value-at-Risk-Betrag wird darüber hinaus ergänzt um den Value-at-Risk-Betrag für die Marktpreisrisiken. Beide Beträge werden, zum Fondsrisiko zusammengefasst, im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnungen den Marktpreisrisiken zugeordnet und bestimmen dort die Limitauslastung. Die Value-at-Risk-Beträge stützen sich dabei ebenfalls auf ein Konfidenzniveau von 99,0 % und eine Haltedauer von 250 Tagen.

Die zum 30.12.2021 gemessenen Adressenausfallrisiken für die nächsten zwölf Monate lasten unser Verlustlimit für Adressenausfallrisiken zu 72,4 % aus. Risiken aus Beteiligungen, die die Bank nahezu ausschließlich an Unternehmen des genossenschaftlichen Finanzverbundes beziehungsweise des Genossenschaftssektors hält, sind dabei nicht berücksichtigt. Hierfür besteht ein separates Risikolimit, das zu 39,3 % ausgelastet ist.

Marktpreisrisiken

Banken sind angesichts von Inkongruenzen zwischen Festzinspositionen auf der Aktivseite bzw. Passivseite der Bilanz insbesondere dem allgemeinen Zinsänderungsrisiko ausgesetzt. Angesichts unserer Geschäftsstruktur beziehen sich unsere Marktpreisrisiken nahezu ausschließlich auf das allgemeine Zinsänderungsrisiko, das aus sich verändernden Geld- und Kapitalmarktzinsen resultieren kann. Unsere Währungsrisiken als Teil der Marktpreisrisiken sind aufgrund unserer sehr begrenzten offenen Währungspositionen (maximal 0,5 Mio. Euro über alle Währungen) von untergeordneter Bedeutung. Die Währungsrisiken, die in unserem Spezialfonds enthalten sind, werden über den Value-at-Risk für die Marktpreisrisiken des Spezialfonds mit abgebildet.

Zinsänderungsrisiken messen wir mithilfe dynamischer Zinselastizitätsbilanzen. Ausgehend von unserer Zinsprognose werden die Auswirkungen hiervon abweichender Zinsentwicklungen auf das Jahresergebnis ermittelt. Für die Risikosimulation verwenden wir neben definierten Standardverlustszenarien auch historische und hypothetische Stress-Szenarien. Bei den Szenarien haben wir für mögliche negative Abweichungen vom erwarteten Ergebnis Limite vorgegeben, an deren Auslastung sich unsere Steuerungsmaßnahmen ausrichten. Zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken setzen wir Zinssicherungsinstrumente ein. Es handelt sich dabei um Zinsswaps zur Aktiv-/Passivsteuerung. Micro-Hedges bilden wir nur bei kongruenter Fristigkeit sowie Währungs- und Laufzeitidentität.

Neben der periodisch orientierten Ermittlung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene berechnen wir die Auswirkung von Marktzinsänderungen auch barwertig über den gesamten Zahlungshorizont. Die Berechnung des barwertigen Zinsänderungsrisikos erfolgt auf Grundlage einer Ad-hoc-Zinsänderung.

Unseren Wertpapierbestand haben wir bis auf einen Betrag von 3,5 Mio. Euro, der dem Anlagevermögen zugerechnet wurde, der Liquiditätsreserve zugeordnet und nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Vom Wertpapierbestand entfallen 512,7 Mio. Euro auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und 402,3 Mio. Euro auf Fondsanteile an unserem Spezialfonds.

Marktpreisrisiken in direkt bzw. über unsere Immobilienochtergesellschaften indirekt gehaltenen Immobilien, welche nicht zur Aufrechterhaltung des bankgeschäftlichen Betriebes erforderlich sind, werden auf Basis eines Pauschalansatzes im Hinblick auf Grundstückspreis- und Mietpreisentwicklung berücksichtigt. Wir ermitteln dabei einen Rückgang der Grundstückswerte um 10,0 % und einen Rückgang der Kaltmieten um ebenfalls 10 %. Das Risikolimit ist auf dieser Basis zu 60,6 % ausgelastet.

Handelsbuchgeschäfte betreiben wir nur im Rahmen der Bagatellgrenzen des Artikels 94 CRR.

Die zum 30.12.2021 gemessenen Marktpreisrisiken für die nächsten 12 Monate lasten unser Verlustlimit für Marktpreisrisiken (ohne die Immobilienrisiken) zu 71,4 % aus.

Liquiditätsrisiken

Unsere Finanzplanung ist streng darauf ausgerichtet, allen gegenwärtigen und künftigen Zahlungsverpflichtungen pünktlich nachkommen zu können. Insoweit achten wir auf ausgewogene Laufzeitstrukturen der Zahlungsansprüche und Zahlungsverpflichtungen. Unsere im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements getätigten Geldanlagen bei Korrespondenzbanken bzw. in Wertpapieren tragen neben Ertrags- auch Liquiditätsaspekten Rechnung. Für die aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen haben wir Mindesteinhaltungen definiert, die oberhalb der geforderten Werte liegen.

Aufgrund der Zugehörigkeit der Bank zur genossenschaftlichen Finanzgruppe und der Liquiditätsausgleichsfunktion der genossenschaftlichen Zentralbank ist die Wahrscheinlichkeit für bestandsgefährdende Liquiditätsrisiken als äußerst gering anzusehen.

Operationelle Risiken

Neben Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken hat sich unsere Bank auch auf operationelle Risiken (z. B. Betriebsrisiken im IT-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken) einzustellen. Unser innerbetriebliches Überwachungssystem trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Den Betriebs- und Rechtsrisiken begegnen wir

auch durch die Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern (z. B. im EDV-Bereich oder im Formularwesen). Bei Rechtsstreitigkeiten binden wir den eigenen Rechtsbereich rechtzeitig ein. Ergänzend haben wir im Rahmen der Steuerung der operationellen Risiken eine Schadensfalldatenbank aufgebaut. Ziel ist es, ein Bewusstsein zur Identifizierung und schrittweisen Schließung von operationellen Risiken im eigenen Haus zu schaffen. Versicherbare Gefahrenpotenziale, z. B. Diebstahl- und Betrugsrisiken, haben wir durch Versicherungsverträge in banküblichem Umfang abgesichert.

Die in der Bank festgestellten Schadenfälle aus operationellen Risiken werden oberhalb einer Bagatellgrenze von 1.000,00 Euro in einer Verlustdatenbank strukturiert festgehalten. Auf der Basis dieser Verlustdatenbank erfolgt mindestens einmal jährlich eine Risikoanalyse in Form eines Self Assessment mit Feststellung des Risikobetrages. Dieser Risikobetrag reduziert als erwarteter Verlust die Risikodeckungsmasse im Rahmen der Ermittlung des periodischen Gesamtbank-Risikolimits. Der unerwartete Verlust wird auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation unter Beachtung eines Konfidenzniveaus von 99,0 % auf Jahresbasis ermittelt. Dieser lastet das bestehende Risikolimit für operationelle Risiken zu 59,0 % aus.

Über die Steuerung bzw. Minimierung dieser Risikoarten hinaus prüft die Interne Revision regelmäßig die Systeme und Verfahren sowie die wichtigsten Arbeitsabläufe.

Zusammenfassende Risikoeinschätzung

Der umfassende und ganzheitliche Steuerungsansatz unserer Bank erlaubt sowohl die frühzeitige Identifikation von Risiken, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können, als auch die frühzeitige Einleitung entsprechender Gegenmaßnahmen. Unsere Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen, dass unser Risikodeckungspotenzial im Verhältnis zu den Risikopotenzialen ausreichend bemessen ist. Unser Risikolimit von 169,0 Mio. Euro wird über alle dargestellten Risiken hinweg ausgehend vom Jahresende bei einer Ein-Jahres-Betrachtung nur zu 68,6 % ausgelastet. Die von der Bankenaufsicht im Rahmen des bankaufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (SREP) geforderte zusätzliche Eigenmittelanforderung in Höhe von 0,25 % deutet ebenfalls auf ein vergleichsweise geringes, nicht

über das normale Maß hinausgehendes Risikopotenzial hin.

Der Kriegszustand in der Ukraine hat bereits spürbare Auswirkungen auf die Finanzmärkte und auf die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach sich gezogen. Aktienkurse sind weltweit zurückgegangen, Kosten für Energie sind deutlich gestiegen und treiben die Inflation wieder spürbar an. In der Folge sind auch die Zinsen an den Geld- und Kapitalmärkten weiter angezogen. Diese Entwicklungen hinterlassen auch Spuren in der Realwirtschaft. Gleichwohl lassen sich die nachhaltigen Wirkungen auf unser Geschäft und auf die Risikotragfähigkeit der Bank nur schwer einschätzen, zumal nicht absehbar ist, wie lange der Kriegszustand noch anhält und die Auswirkungen um so stärker sind, je länger diese bestehen. Sie werden aber voraussichtlich die Kurswertreserven in unseren Wertpapieranlagen reduzieren und auch Wertpapierabschreibungen nach sich ziehen.

Die dargestellten Risiken werden aber nach unserer derzeitigen Einschätzung die Entwicklung unserer Bank im Geschäftsjahr 2022 nicht grundlegend beeinträchtigen. Die Risikotragfähigkeit ist in den von uns simulierten Standard- und Stressszenarien für dieses Jahr in vollem Umfang gegeben.

VI. VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG DES GESCHÄFTSVERLAUFS MIT IHREN WESENTLICHEN CHANCEN UND RISIKEN

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nachdem sich die Wirtschaft im Jahr 2021 von dem durch die Coronapandemie verursachten Einbruch der Wirtschaft in 2020 wieder erholt hat, erwarten wir für 2022 eine Weiterführung des Erholungsprozesses und damit einen Anstieg des **Bruttoinlandsproduktes** von rund 4,5 %. Während die Folgewirkungen der Coronapandemie langsam ausklingen, entwickeln sich jedoch weitere Gefahrenpotenziale für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und in Europa. Hierzu zählen die Preisentwicklung, der Krieg in der Ukraine und die Spannungen zu Russland. Die Auswirkungen der Spannungen zu Russland auf das Wirtschaftswachstum – auch mit Blick auf den Sanktionskatalog der Europäer, der Vereinigten Staaten von Amerika und anderer Länder gegen Russland – lassen sich derzeit nur schwer abschätzen. Sie werden aber die Preise für Energie und Rohstoffe weiter nach oben treiben und auch dämpfende Wachstumseffekte nach sich ziehen. Die deutsche Wirtschaft zeigt sich aber in ihrer Ausgangssituation vergleichsweise robust, auch wenn es weiterhin Branchen gibt, die noch Zeit benötigen, um zur alten Stärke zurückzufinden. Dazu gehören die Reisebranche, das Gastgewerbe und der Einzelhandel.

Wichtige Impulse für das Wirtschaftswachstum gehen nach unserer Einschätzung von den privaten **Konsumausgaben** aus. Daher werden die Verbraucher dafür auch ihre Einlagenbestände verwenden und somit das Einlagenwachstum der Banken wieder auf ein niedrigeres Niveau zurückführen als zuvor zu beobachten war. Die staatlichen Konsumausgaben werden mit Blick auf die wieder höheren Militärausgaben und wegen der Folgewirkungen der Coronapandemie auf hohem Niveau verharren.

Von den zu erwartenden Erholungstendenzen bezüglich der Weltwirtschaft und vor allem von dem erwarteten dynamischen Wirtschaftswachstum in den Vereinigten Staaten sollte auch der **Außenhandel** profitieren und steigende Zuwächse verzeichnen.

Nach dem starken Anstieg der **Verbraucherpreise um 3,1 %** in 2021 erwarten wir für 2022 zwar einerseits einen Rückgang gegenüber dem

Vorjahr, aber mit Blick auf den Kriegszustand in der Ukraine und die Auswirkungen auf die Preise für Energie und Rohstoffe eine spürbarere Veränderung der Verbraucherpreise als ursprünglich mit rund 2,0 % prognostiziert. Beim Zinsniveau gehen wir für 2022 von noch unveränderten Leitzinsen der EZB aus und die Renditen für zehnjährige Bundesanleihen dürften sich als Folge des Kriegszustandes in der Ukraine nach zuletzt negativen Werten nun wieder zwischen 0,5 % und 1,0 % bewegen.

Mit dem Anziehen der wirtschaftlichen Aktivitäten in Deutschland und Europa erwarten wir auch wieder eine Zunahme der **Bruttoanlageinvestitionen**. In der Baufinanzierung dürfte sich die positive Tendenz der letzten Jahre aufgrund des niedrigen Zinsniveaus und des bestehenden Bedarfs weiter fortsetzen. Mit steigender Kapazitätsauslastung werden auch die Unternehmensinvestitionen in Deutschland deutlich anziehen. Für unser Geschäftsgebiet erwarten wir dabei

Rahmenbedingungen für die Volksbank Münsterland Nord eG

Die Volksbank Münsterland Nord eG plant aufgrund ihres attraktiven Marktgebietes, ihrer guten Verankerung in ihrer Region und ihrer klaren Kunden- und Mitgliederorientierung für das nächste Jahr mit einer Wachstumsrate, die bezogen auf das Gesamtgeschäft nahe am Marktwachstum liegt. Das vorhandene Eigenkapital, die personellen und sachlichen Ressourcen sowie die bilanzstrukturellen Voraussetzungen sind hierfür gegeben. Die Wachstumsimpulse gehen bei unseren Planungen primär vom Kredit- und vom Dienstleistungsgeschäft aus. Dass die Bank auch in schwierigen Zeiten ihren Kunden und Mitgliedern in ihrer Region mit Beratungsleistungen, Anlageempfehlungen und Kreditbereitstellungen zur Verfügung steht, hat sie im abgelaufenen Jahr eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir auch 2022 nicht verlassen.

Leistungsindikatoren	Erreichte Werte		Bankziele		Externe Anforderung
	Berichtsjahr	Vorjahr	Berichtsjahr	2022	
Betriebsergebnis vor Bewertung	52,0 Mio. Euro	34,1 Mio. Euro	38,1 Mio. Euro	53,4 Mio. Euro	
Aufwands-Ertrags-Relation	67,9 %	77,0 %	75,2 %	67,1 %	
Anzahl der Mitglieder	131.547	135.160	123.271	140.000	
Gesamtkapitalquote	14,7 %	15,8 %	15,5 %	15,3 %	11,1 %
Liquiditätsdeckungsquote	132,1 %	172,6 %	120,0 %	120,0 %	100,0 %

eine in der Tendenz analoge Entwicklung zum gesamten Bundesgebiet.

Vor diesem Hintergrund gehen wir in Deutschland von einem Anstieg der Kreditnachfrage um 4,5 % bei den Firmenkunden und 4,75 % bei den Privatkunden aus. Die Kundeneinlagen bei Banken sollten wegen der erhöhten Konsumnachfrage bei den Privatkunden nur noch um 4,0 % steigen und bei den Firmenkunden aufgrund der höheren Investitionsausgaben um 3,25 %. Der in den letzten beiden Jahren zu beobachtende starke Einlagenanstieg sollte mit dem Auslaufen der Kontaktbeschränkungen beendet sein.

Vermögens- und Finanzlage

Im Kreditgeschäft mit unseren Privat- und Firmenkunden sehen wir unverändert ein gutes Wachstumspotenzial in unserer mittelstandsgeprägten Region. Auch in dem schwierigen Umfeld des Vorjahres konnten unsere Wachstumsziele im Kundenkreditgeschäft übertroffen werden. Die private Wohnungsbaufinanzierung wird durch das niedrige Kapitalmarktzinsniveau unterstützt und wird nicht nur die eigenen Kundenforderungen wachsen lassen, sondern auch die Provisionserträge für die Kredite, die an die Kooperationspartner der genossenschaftlichen Finanzgruppe vermittelt werden, positiv beeinflussen. Darüber hinaus gehen wir von einem weiteren Wachstum bei den Krediten für anstehende Ausrüstungs- und Erhaltungsinvestitionen

unserer gewerblichen Kunden aus. Unsere Planungen für das Kreditgeschäft sehen daher insgesamt ein Wachstum von 4,0 % für das nächste Jahr vor. Die Kundeneinlagen werden vor dem Hintergrund unserer anhaltenden Bemühungen um alternative Anlageformen mit einem für den Kunden passenden Risiko-Rendite-Profil mit einer Wachstumsrate von 1 %, wie bereits in 2021 zu beobachten war, zunehmen.

Für die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer LCR achten wir auf einen Wert, der stets um mindestens 20 %-Punkte oberhalb des geforderten Wertes liegt, um einen erforderlichen Sicherheitspuffer für kurzfristige Liquiditätsschwankungen vorzuhalten. Die für das Geschäftswachstum erforderlichen aufsichtsrechtlichen Eigenmittel und das für die Risikosteuerung erforderliche Risikodeckungskapital sind gemäß unserer Kapitalplanung unter Berücksichtigung der erwarteten Gewinnthesaurierungen in ausreichendem Maße vorhanden. Für die aufsichtsrechtliche Gesamtkapitalquote planen wir zum Ende des Jahres 2022 mit einem Wert von 15,3 % nach 14,7 % Ende 2021.

Ertragslage

Das anhaltend niedrige Zinsumfeld belastet weiter das Zinsergebnis der Bank. Wir gehen daher unter Beachtung unserer Wachstumsziele für das Geschäftsjahr 2022 von einem Rückgang des Zinsergebnisses um 1,7 Mio. Euro aus, da sich die Einmaleffekte (Ausschüttung der DZ BANK Dividende für 2019 und 2020) aus dem zurückliegenden Geschäftsjahr nicht erneut einstellen werden. Die Durchdringung unseres Kundeneinlagenbestandes mit der Belegung von Verwahrerentgelten für größere Kundeneinlagenbestände schreitet weiter voran und führt zu entsprechenden Entlastungen. An dieser Umsetzungsentwicklung wollen wir auch in 2022 festhalten.

Für das Provisionsgeschäft erwarten wir hingegen aufgrund unserer gezielten Wachstumsinitiativen Zuwächse bei den Vermögensverwaltungs- und Wertpapierdienstleistungserträgen sowie den Vermittlungsprovisionen für das Kreditgeschäft, insbesondere bei den Wohnungsbaufinanzierungen. Zudem wollen wir die Provisionserträge für den Konten- und Kartenservice der Bank vor dem Hintergrund unserer stetigen Ausweitung und Verbesserung unserer Dienstleistungsangebote weiter steigern. Insgesamt prognostizieren wir für

2022 eine Provisionsergebnisverbesserung um +3,8 Mio. Euro.

Der ordentliche Betriebsaufwand wird einschließlich der AfA auf das Sachanlagevermögen und aufgrund unseres Kostenmanagements mit 108,7 Mio. Euro nochmals um 1,3 Mio. Euro zurückgehen. Dabei soll der Personalaufwand um 2,6 Mio. Euro und die AfA auf das Sachanlagevermögen um 0,4 Mio. Euro zurückgehen, die Sachaufwendungen hingegen um 1,7 Mio. Euro steigen. Die erwarteten Synergieeffekte aus der Fusion kommen somit schon in 2022 in leichtem Umfang zum Tragen. Zudem ist in 2022 – anders als in 2021 – mit einem leichten negativen Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen von -0,3 Mio. Euro zu rechnen. Das betriebswirtschaftliche Betriebsergebnis vor Bewertungen wird damit unter den genannten Planungsprämissen in 2022 von rund 52,0 Mio. Euro auf 53,4 Mio. Euro leicht steigen. Die Aufwands-Ertrags-Relation wird sich geringfügig auf 67,1 % verschlechtern.

Das Bewertungsergebnis aus den Wertpapierbeständen und aus dem Kreditgeschäft ist nur schwer zu planen. Daher werden die Bewertungsergebnisse auf Basis des bestehenden Kreditportfoliomodells mathematisch-statistisch berechnet und hinsichtlich der Wertpapierbestände mithilfe der erwarteten Zinsentwicklungen ermittelt. Da die Folgen der Coronapandemie sich erst mit einer Zeitverzögerung bezüglich der erforderlichen Risikovorsorge bemerkbar machen werden, müssen wir auch für unsere Bank für das kommende Jahr von einer höheren Risikovorsorge als zuletzt beobachtet ausgehen. Da aber nach der Finanzmarktkrise 2008/2009 die gewerblichen Kunden ihr Risikomanagement sukzessive verbessert haben und in der Folge auch verbesserte Eigenkapital- und Liquiditätspolster zu beobachten waren, gehen wir nicht von rasant steigenden Risikovorsorgen aus, planen sie aber kalkulatorisch wie zuvor beschrieben vorsichtshalber für uns ein. Die kalkulatorische Risikovorsorge im Kreditgeschäft beläuft sich für die Bank in 2022 auf 20,2 Mio. Euro und für den Wertpapierbestand auf einen positiven Beitrag von 0,1 Mio. Euro. Aus dieser Berechnung resultiert für beide Risikobereiche eine Belastung von 20,1 Mio. Euro in 2022. Wir gehen jedoch ausgehend von den aktuellen Beobachtungen unseres Kreditportfolioergebnisses davon aus, dass das zu erwartende negative Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft

geringer ausfallen wird und damit die berechneten Belastungen unterschritten werden. Andererseits müssen wir aufgrund der jüngsten Entwicklung von Belastungen aus dem Wertpapierbestand ausgehen. Unser Risikomanagement im Kreditgeschäft bleibt unverändert an unseren vorsichtigen Kreditvergaberegeln ausgerichtet. Das Kreditneugeschäft unterliegt strengen risikoorientierten Entscheidungsregeln und für die erkennbaren Risiken werden die erforderlichen Vorsorgen getroffen.

Mitglieder der Bank

Für das Jahr 2022 haben wir uns vorgenommen die Anzahl der Mitglieder von gut 123 Tsd. auf 140 Tsd. deutlich auszubauen. Wir wollen dies als besonderen Akquisitionsschwerpunkt im neuen Jahr aufgreifen, um damit auch unsere Kundenbasis zu verbreitern.

Chancen und Risiken bezogen auf unsere Planungen

Das Zinsergebnis bleibt als eine wesentliche Ertragsgröße der Bank auch zukünftig abhängig von den Zinsentwicklungen an den Geld- und Kapitalmärkten. Ein starker und plötzlicher Zinsanstieg könnte das Zinsergebnis, aber auch das Bewertungsergebnis aus den Wertpapieranlagen im Planungsjahr belasten. Ein im längerfristigen Kapitalmarktbereich zu verzeichnender Anstieg der Zinsen und eine damit verbundene steilere Zinsstrukturkurve könnten hingegen mit Blick auf das Kreditneugeschäft und das Kreditprolongationsgeschäft Entlastungen durch verbesserte Möglichkeiten der Fristentransformation bewirken. Zudem können sich höhere Wachstumsraten im Kreditgeschäft durch zusätzliche Margenbeiträge positiv auf das Zinsergebnis auswirken. Die konjunkturelle Eintrübung aufgrund der Coronapandemie wird das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft gegenüber den letzten Jahren wieder spürbar stärker steigen lassen. Jedoch erwarten wir auch in diesem Umfeld nicht einen Anstieg über die kalkulatorischen Werte hinaus. Die Entwicklungen an den Aktienmärkten und an den Kapitalmärkten, aber auch die Einschätzungen bezüglich der konjunkturellen Entwicklung determinieren immer auch das Verhalten der Mitglieder und Kunden im Hinblick auf deren Vermögensanlagen, den privaten Konsum und die Kreditnachfragen. Starke Verwerfungen in diesen Bereichen können daher auch die

Entwicklung der Provisionsergebnisse der Bank stark beeinträchtigen. Veränderungen bei den Zins- und Provisionsergebnissen beeinflussen in der Folge das Betriebsergebnis vor Bewertungen. Veränderungen bei den Betriebsergebnissen vor und nach Bewertungen wirken sich zusätzlich auf die Gesamtkapitalquote aus, da sie die Gewinnthesaurierungsmöglichkeiten der Bank verändern.

Zusammenfassung

Das Jahr 2022 wird noch einmal von besonderen Herausforderungen geprägt sein. Die Pandemiefolgen sind noch nicht bewältigt und schon sind mit der Russlandkrise und dem Kriegszustand in der Ukraine weitere erhebliche wirtschaftliche Belastungen zu verkraften. Die Sanktionsmaßnahmen belasten unsere Wirtschaft im Hinblick auf deren Investitionen in Russland und der Ukraine, aber auch mit Blick auf Aufträge und Exporte. Zudem werden sich die Energiekosten weiter deutlich erhöhen und damit die Inflation nicht wie erhofft wieder in den 2 %-Korridor zurückführen. Diese Entwicklungen erhöhen auch die potenziellen Risiken für die Bank. Wir verfolgen jedoch die ökonomischen Rahmenbedingungen und die Folgen für die Wirtschaft in unserer Region sehr genau und treffen die aus unserer Sicht erforderlichen Maßnahmen, um den daraus resultierenden Risiken angemessen zu begegnen. Durch optimierte Vertriebskonzepte, eine konsequente Kundenbetreuung, die Weiterentwicklung unserer Dienstleistungsangebote und unserer Beratungsqualität, die weitere Umsetzung der Verwahrtgelte für Kundeneinlagen sowie einen weiteren Ausbau unseres Omnikanalkonzepts sehen wir uns für den Wettbewerb um Kunden und Marktanteile in unserer Region gut vorbereitet. Als Antwort auf die fortschreitende Digitalisierung bieten wir unseren Kunden bereits mediale Beratungsmöglichkeiten über Telefon und Video an. Zugleich werden wir aber auch gezielt durch Qualifizierungsmaßnahmen und Gewinnung neuer qualifizierter Mitarbeiter die Möglichkeiten in anspruchsvolleren Geschäftssegmenten und hier insbesondere im Private Banking ausbauen. Wir werden bei allen Wachstumsanstrengungen konsequent darauf achten, dass unsere Qualität im Beratungs- und Dienstleistungsbereich erhalten bleibt beziehungsweise durch Schulungsmaßnahmen verbessert wird und wir gemeinsam mit unseren 131.547 Mitgliedern unser nachhaltiges Geschäftsmodell weiter stärken können.

VII. ZWEIGNIEDERLASSUNGEN

Die Genossenschaft unterhält folgende Zweigniederlassungen:

- Volksbank Altenberge, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG
- Volksbank Brochterbeck, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG
- Volksbank Emsdetten, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG
- Volksbank Hasbergen, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG
- Volksbank Hörstel, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG
- Volksbank Hopsten, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG
- Volksbank Ibbenbüren, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG
- Volksbank Ladbergen, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG
- Volksbank Laggenbeck, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG
- Volksbank Lengerich, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG
- Volksbank Lienen, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG
- Volksbank Lotte, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG
- Volksbank Mesum, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG
- Volksbank Mettingen, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG
- Volksbank Neuenkirchen, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG
- Volksbank Nordmünsterland, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG
- Volksbank Nordwalde, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG
- Volksbank Recke, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG
- Volksbank Rheine, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG
- Volksbank Riesenbeck, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG.
- Volksbank Steinfurt, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG
- Volksbank Tecklenburg, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG
- Volksbank Tecklenburger Land, Zweigniederlassung der Volksbank Münsterland Nord eG

Die Geschäftsstruktur der Zweigniederlassungen entspricht im Wesentlichen der des Gesamtinstitutes.

VIII. ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG

Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft.

Die Genossenschaftsbank fördert im Rahmen der regional bestehenden Möglichkeiten den Einsatz von qualifizierten Frauen in Führungspositionen der Bank.

Der Vorstand hat gemäß § 9 Abs. 3 GenG für die Besetzung der ersten Führungsebene unterhalb des Vorstands mit Frauen eine Zielgröße von 17 % festgelegt. Die festgelegte Zielgröße für die Führungsebene entspricht dem Status quo. Eine Anpassung steht nicht an, da nach derzeitigem Stand im Bezugszeitraum voraussichtlich weder Stellen frei noch zusätzliche Stellen geplant sind.

Der Aufsichtsrat hat gemäß § 9 Abs. 4 GenG für die Besetzung des Vorstands mit Frauen eine Zielgröße von 0,0 % festgelegt, da nach derzeitigem Stand im Bezugszeitraum keine diesbezüglichen Veränderungen anstehen.

Der Aufsichtsrat hat gemäß § 9 Abs. 4 GenG für die Besetzung des Aufsichtsrats mit Frauen eine Zielgröße von 30 % festgelegt. Der aktuelle Anteil der Frauen im Aufsichtsrat beträgt 30 %. Die festgelegte Zielgröße für diese Führungsebene entspricht dem Status quo. Eine Steigerung kommt nicht in Betracht, da nach derzeitigem Stand im Bezugszeitraum keine Veränderungen im Aufsichtsrat geplant sind.

Der Bezugszeitraum erstreckt sich bis zum 31.12.2024.

IX. NICHTFINANZIELLE BERICHTERSTATTUNG

Wir werden den gesonderten nichtfinanziellen Bericht für das Geschäftsjahr 2021 auf unserer Internetseite (abrufbar unter „<https://www.volksbank-mn.de/wir-fuer-sie/ueber-uns/zahlen-fakten.html>“) veröffentlichen. Eine nichtfinanzielle Erklärung ist daher nicht abzugeben.

Münster, 25. April 2022
Volksbank Münsterland Nord eG

Der Vorstand

Friedhelm Beuse

Dietmar Dertwinkel

Jürgen Feistmann

Andreas Hartmann

Thomas Jakoby

Hubert Overesch

Ulrich Weßeler